



**Belina, Bernd**

**Raum, Überwachung, Kontrolle: vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung**

Münster: Westfälisches Dampfboot 2006

Die vor wenigen Jahren noch äußerst kontrovers diskutierte Video-Überwachung von Straßen und Plätzen ist inzwischen auch in vielen Städten Deutschlands Alltag geworden. In fast jeder größeren Stadt wurden neue Organisationen einer „kommunalen Kriminalprävention“ gegründet und mehrere Bundesländer forcieren eine Neuetablierung und Verlagerung von Sicherheitspolitiken auf die kommunale und subkommunale Ebene durch Projekte wie „Aufmerksamer Nachbar“ (neighbourhood watch) oder „Freiwillige Polizeihelfer“. Viele dieser neuen Sicherheitspolitiken zielen nicht auf eine Bekämpfung der sozialen Ursachen von Unsicherheit und Kriminalität, sondern verfolgen raumorientierte Strategien mit dem Ziel, „sichere Räume“ zu schaffen. An dieser Beobachtung setzt die äußerst lesenswerte Arbeit des Geographen Bernd Belina an. Der angenehm unprätentiöse Sprachstil sowie die kompakten und klaren Zusammenfassungen der Teilkapitel erleichtern dem Leser den Zugang zu der konzeptionell anspruchsvollen Arbeit.

Im Mittelpunkt der Dissertation stehen „Debatten und Maßnahmen der jüngeren Kriminalpolitik, v. a. in den USA“ (S. 11), die ja vielfach in den hiesigen Debatten als Vorbild oder aber Schreckensszenario herangezogen werden. Bernd Belina will herausarbeiten, welche Rolle „Raum und räumliche Maßstabebenen“ (ebd.) als Instrument staatlicher Kriminalpolitik spielen. Nicht thematisiert wird die zunehmende Verschränkung von privatwirtschaftlichen, kommunalen und staatlichen Akteuren in der Sicherheitspolitik. Ausgangspunkt der Arbeit ist die These, dass staatliche Kriminalpolitik eine „Methode des Regierens (ist), die direkte und indirekte Zugriffsmöglichkeiten auf die Bevölkerung schafft, die zum Zweck der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse eingesetzt werden und im Kern die kapitalistische Produktionsweise schützen“ (S. 12). Zur Entfaltung dieser These arbeitet Bernd Belina zunächst die Kernaussage der Kritischen Kriminologie heraus: Ein Akt ist nicht per se kriminell, sondern wird erst durch staatliche Definition zu einem kriminellen Akt. Er unterscheidet damit die letztlich unbestimmbare „soziale

Kontrolle‘ als Voraussetzung von Gesellschaft“ von der Kontrolle durch den Staat, deren Kernanliegen er im „Schutz des Privateigentums und jener von Leib und Leben“ (S. 15) sieht. In einem kurzen Exkurs erläutert Belina die zugrunde gelegte marxistische Staatstheorie: Der Staat hat danach die Funktion, als eine über den Privatinteressen stehende Instanz die jeweiligen Revenuequellen zu schützen (S. 17). Das Regieren mittels Kriminalpolitik (governing through crime) greift nach Belina auf zwei Strategien zurück: erstens den direkten Zugriff auf Subjekte (z.B. Personenkontrollen, Inhaftierung, Aufenthaltsverbote) und zweitens durch eine „Ideologieproduktion“, welche Bedrohungsszenarien entwerfe und damit Gesellschaft steure (S. 23).

Die Stärken der Arbeit liegen v. a. im dritten Kapitel mit dem Titel „Raumstrategie und Skalenstrategie“. In überzeugender Weise kritisiert Bernd Belina dabei zunächst die äußerst abstrakten Vorstellungen einer „Renaissance des Raumes“, wie sie im Rahmen des so genannten „spatial turn“ vielfach festgestellt bzw. gefordert wird. Belina will gerade nicht Aussagen über „den Raum an sich entwickeln“. Ihm geht es vielmehr darum, die Konstitution von Räumen bzw. von Maßstabebenen als „zweckorientiert eingesetzte Mittel“ (S. 26, Hervorhebung i. Orig.) zu analysieren. Derselbe Mechanismus finde sich auch in „symbolischen Bezügen auf Räume und deren Bedeutungen“ (ebd.). Belina kritisiert die häufig vage Vorstellung einer Wiederentdeckung des Raumes und sieht dabei die Gefahr eines „Raumfetischismus“, bei dem der Raum als etwas außer der Gesellschaft stehendes konzeptionalisiert wird, das auf diese einwirke. Nun ist die Kritik an einer Essentialisierung von Raum nicht vollkommen neu. In der deutschsprachigen Geographie liegen dazu Arbeiten mit systemtheoretischem (bspw. von Helmut Klüter), handlungstheoretischem (bspw. von Benno Werlen) und diskurstheoretischem Hintergrund (bspw. von Paul Reuber) vor, mit denen sich Bernd Belina leider nur sehr kurz auseinandersetzt. Eine detailliertere Diskussion sowie v. a. die Berücksichtigung neuerer Publikationen (bspw. Miggelbrink/Redepenning 2004,

Schlottmann 2005, Matissek 2005) hätte die Anschlussfähigkeit verbessern und damit noch anschaulicher machen können, worin die Bedeutung der Konzeption von Belina liegt: Raum wird hier als *Instrument* des Regierens konzeptionalisiert.

Belina geht es also um die Herstellung von Raum, um „räumliche Praxen“. Er verwirft die dreifache Differenzierung von Henri Lefebvre (*espace perçu, conçu und vécu*) und unterscheidet ausschließlich zwischen Materialität und Bedeutung: „Raum ist sowohl in seiner Materialität als auch in seiner Bedeutung durch räumliche Praxen produziert, kann kontrolliert werden und wird praktisch angeeignet“ (S. 45). In der von Belina eingenommenen polit-ökonomischen Perspektive weist er drei Akteuren eine herausragende Rolle zu: das Kapital produziert Raum zur Profitmaximierung, Private können Raum entweder ebenfalls als Wertanlage betrachten, sind aber immer auch an seinem Gebrauchswert interessiert (zum Wohnen, Erholen etc.), und der Staat produziert Raum mit dem Zweck, die Reproduktion der Produktionsverhältnisse und seine Machtstellung zu sichern. Von *Raumstrategien* spricht Bernd Belina, „wenn räumliche Praxen gegen andere eingesetzt werden“ (S. 65). Daneben unterscheidet er Skalenstrategien: „Die Zuordnung verschiedener Aktivitäten zu unterschiedlichen Maßstabsebenen ist kein Zufall, sondern das Ergebnis sozialer Praxen, mittels derer Zwecke verfolgt werden“ (S. 78). Der Autor bietet damit einen gut durchdachten und originellen Beitrag zur Fachdiskussion in Geographie und Stadtforschung.

Belina will den Staat dabei nicht als „monolithischen Block“ verstanden wissen, sondern als „eine von Widersprüchen und Partikularinteressen durchzogene, historischen Veränderungen unterworfenene Institution“ (S. 16). Die skizzierte Konzeptionalisierung führt jedoch dazu, dass die „Zwecke“ staatlichen Handelns feststehen. Die historisch kontingente Herstellung einer Institution Staat, die Widersprüche innerhalb dieser Institution sowie die vielfältigen und teilweise paradoxen Praktiken von Akteuren, die sich der staatlichen Sphäre zurechnen bzw. die ihr zugerechnet werden, werden damit nur als letztlich sekundäre Variationen eines feststehenden Modells gefasst. Auch die Interessen aller Beteiligten scheinen von vornherein determiniert. Diese Konzeption stößt beispielsweise an Grenzen, wenn Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätzen auf überwiegende Zustimmung in der Bevölkerung trifft – wie das verschiedene Umfragen in jüngster Zeit zeigen. Von *Raumstrategien* könnte Bernd Belina dann eigentlich nur noch sprechen, wenn er davon ausgeht, dass weite Teile der Gesellschaft dabei nicht ihre „wahren Interessen“ verfolgen, die ihm als Wissen-

schaffler aber zugänglich sind. Für die Ausarbeitung des Konzepts „*Raumstrategien*“ erscheint daher eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Hegemoniebegriff bei Antonio Gramsci sinnvoll. Bislang werden die Zusammenhänge zwischen polit-ökonomischen Veränderungen, Zwecken, Interessen und der Konstitution von *Raumstrategien* etwas mechanisch gezeichnet, so dass diese fast als logische und zwingende Konsequenz erscheinen müssen. Paradoxerweise – und sicherlich entgegen der Intentionen von Bernd Belina – besteht damit das Risiko, dass *Entscheidungen* innerhalb von politischen Prozessen kaum ins Blickfeld der Analyse kommen. Eine Integration der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe böte hier die Chance, die Kontingenzen bei der Durchsetzung hegemonialer Diskurse in den Analysefokus zu nehmen und damit Hegemonie weniger als eine logische Konsequenz zu fassen, sondern vielmehr als einen Prozess, der Entscheidungen beinhaltet und damit nicht kausal, sondern politisch ist.

Im vierten Kapitel wendet sich Belina der Kriminalpolitik zu und untersucht, wie innerhalb neuer Kriminalpolitiken „*Raumideologien*“ und „*Praxen der Raumkontrolle*“ strategisch eingesetzt werden (S. 81). Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, dass Kriminalität und Unsicherheit regelmäßig mit bestimmten Räumen (Straßen, Plätzen, Vierteln etc.) verknüpft werden. In einem Exkurs zeigt Belina zunächst, dass es keine objektive Messung von Kriminalität geben kann, da zwischen einer sozialen Praxis und deren Erscheinungen in der Kriminalstatistik fünf „Filter“ liegen (die Gesetzeslage: Welcher Akt wird gesetzlich als kriminell definiert?, die Wahrnehmung: Welcher dieser Akte wird als kriminell wahrgenommen?, das Anzeigeverhalten: Welcher dieser Akte wird angezeigt?, die Anzeigenaufnahme: Welcher dieser Akte wird von der Polizei bearbeitet? und die Datensammlung: Welcher dieser Akte wird in die Statistik aufgenommen?). Alle diese fünf Filter ändern sich je nach sozialem Kontext und machen auf diese Weise Kriminalstatistiken und die Bestimmung „*krimineller Räume*“ zu einem höchst problematischen Instrument, das vielfach aus strategischen Gründen verwendet wird. Auch die Forschungen zur Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitswahrnehmung beurteilt Belina aus der Perspektive der empirischen Sozialforschung als unbefriedigend, insbesondere, wenn sie (naiv oder strategisch) zur Bestimmung „*unsicherer*“ oder „*krimineller Orte*“ herangezogen werden. Bernd Belina plädiert vor diesem Hintergrund dafür, die Forschung zu raumbezogener Unsicherheit stärker auf Praktiken zu konzentrieren. So schlägt er vor, das Meiden bestimmter Gegenden oder die Warnung vor bestimmten Gegenden zu erforschen. Empirische Beispiele oder konkrete Vorschläge für entspre-

chende Projekte bietet er allerdings leider nicht. Eine entscheidende Rolle bei der Konstitution krimineller Räume weist er der Politik und den Medien zu, die in „Moralpaniken (...) Angst vor bestimmten Gruppen oder Verhaltensweisen“ schürten (S. 101). Belina geht davon aus, dass sich in der Kriminalpolitik eine zunehmende Abstraktion vom kriminalisierten Akt beobachten lässt: Wurde zunächst der Akt sanktioniert, so lässt sich später die Konstitution der Vorstellung krimineller Subjekte und krimineller Gruppen feststellen sowie schließlich die Vorstellung krimineller Räume, welche Belina als „strategisch eingesetzte[s] Mittel zur sozialen Kontrolle von Individuen und Gruppen“ (S. 123) interpretiert. Zweck der Kriminalisierung von Raum ist dabei, von den Intentionen und sozialen Verhältnissen abstrahieren zu können und Kriminalpolitik damit auf Verwaltung (anstatt Veränderung) auszurichten (S. 133).

Als empirische Beispiele untersucht Belina, wie *Broken Windows*, *Zero Tolerance* und *New York* als Schlagworte für bestimmte Raumideologien stehen. Auf der Basis von Textanalysen möchte er zum einen auf die Intentionen der Urheber dieser Schlagworte schließen und zum anderen auch die Verwendung der Begriffe als Raumideologie klären. Für *Broken Windows* arbeitet Belina überzeugend heraus, wie mit der Vorstellung, dass „unordentliche“ Straßenzüge mangelnde soziale Kontrolle signalisieren und damit Kriminalität anziehen, ein räumlich selektiver Zugriff staatlicher Kontrolle und Überwachung legitimiert wird. Er fasst diese Strategie als „governing through crime through space“ zusammen. Die Analysen zu den Schlagworten *Zero Tolerance* und *New York* liefern ebenfalls interessante Hintergründe zur Etablierung neuer Kriminalpolitiken. Die Einordnung in das Konzept der Raumideologien gelingt dabei allerdings nicht ganz so zwingend wie bei *Broken Windows*. So zeigt die Rekonstruktion kriminalpolitischer Debatten in Baltimore, dass *New York* als Metapher für den (vermeintlichen) Erfolg der Verschärfung der Kriminalpolitik verwendet wird. Dieser Begriff steht also schlagwortartig für einen bestimmten Politikstil, reduziert damit Komplexität und kann in Anlehnung an systemtheoretisch informierte Arbeiten in der deutschen Geographie als Raumsemantik interpretiert werden. Letztlich könnte er aber auch durch eine „nicht-räumliche“ Metapher ausgetauscht werden – beispielsweise durch den Namen eines Politikers, der für einen solchen Politikstil steht (bspw. Rudolph Giuliani oder in Deutschland Ronald Schill).

Einen originellen und wichtigen Beitrag zur Debatte um den „öffentlichen Raum“ der Städte bietet Belina in einem Unterkapitel, in dem er den argumentativen Bezug auf „öffentlichen Raum“ als kriminalpolitische

Raumideologie kritisiert. Anschaulich stellt er auf der Basis einer Kritik des Habermaschen Öffentlichkeitsbegriffs dar, dass der Bezug auf „öffentlichen Raum“ lange Zeit mittels einer „Verräumlichung des idealistischen Konzepts von ‚Öffentlichkeit‘ (...) – ganz abstrakt – für ‚Zugang für alle‘ und damit für das Gute“ stand (S. 198). Vor dem Hintergrund veränderter polit-ökonomischer Rahmenbedingungen werde „öffentlicher Raum“ seit wenigen Jahren aber in Argumentationen eingebaut, die eine Gefährdung des „öffentlichen Raums“ durch bestimmte Gruppen konstatieren. Mit Bezug auf den Begriff „öffentlicher Raum“ werde dabei die Verdrängung bestimmter Gruppen und die Etablierung neuer Sicherheitspolitiken gerechtfertigt. Belina weist damit zurecht darauf hin, dass die Debatte um den „öffentlichen Raum“ in Stadtforschung und -planung bislang vielfach von einer idealistischen Naivität geprägt ist. Sein Fazit, „als Raumideologie steht ‚öffentlicher Raum‘ heute (...) für die Vertreibung von Minderheiten und Randgruppen und ein insgesamt ‚härteres Durchgreifen‘“, vermittelt allerdings den Eindruck, als habe „öffentlicher Raum“ eine Bedeutungsverschiebung erfahren, die abgeschlossen und nicht länger umstritten sei. Dabei erscheint es allerdings gerade interessant, wie mit Bezug auf den Begriff unterschiedliche Politiken legitimiert werden, d. h. um die Bedeutung von „öffentlicher Raum“ gerungen wird.

In einem eigenen Unterkapitel diskutiert Bernd Belina an Beispielen aus Deutschland und Großbritannien den Ausbau der Videoüberwachung von Straßen und Plätzen sowie die Verbreitung rechtlicher Grundlagen zu Aufenthaltsverboten und Platzverweisen als räumliche Methoden der Kriminalpolitik. Anhand einiger empirischer Beispiele verdeutlicht er, wie diese Methoden staatlichen Zugriff und Kontrolle ins Vorfeld verlagern: Verhaltensweisen, die nur „störend“, aber nicht „kriminell“ sind, geraten zunehmend in den Fokus kriminalpolitischer Methoden. Damit werden „störende“ Menschen mit kriminalpolitischen Methoden aus bestimmten Räumen verdrängt. Überflüssig, da in der Kürze unterkomplex, ist allerdings die knappe Diskussion über die „Vertreibungen jenseits der Kriminalpolitik“, in der Belina essayartig auf einige Zusammenhänge zwischen Städtebau und räumlicher Ausgrenzung verweist.

Im fünften Kapitel rekonstruiert Belina die „skalare Praxis in der Kriminalpolitik der USA“ (S. 231 ff.). Auf der Basis verschiedener historischer Arbeiten erzählt er dabei, wie die Kriminalpolitik in den USA zunächst lange Zeit in hohem Maße lokal organisiert war, sich dann im 20. Jahrhundert eine lange Phase der Zentralisierung identifizieren lässt und seit den späten 1980er Jahren eine „Renaissance“ der lokalen Ebene zu

beobachten ist. Schlüssig erscheint dabei v.a. die Beurteilung der „Wiederentdeckung der ‚community‘“ in der Kriminalpolitik als Skalenstrategie, in der gezielt bestimmte kriminalpolitische „Ideologien“ und „Methoden“ auf der lokalen Ebene angesiedelt werden.

Belina argumentiert von einem ideologiekritischen Standpunkt, in welcher der Forschende eine Wahrheit hinter den Ideologien herausarbeiten will. Eine kritische Reflexion der eigenen Rolle bei der Konstruktion dieser Wahrheit bietet die Arbeit allerdings nur in Ansätzen. So werden weder die Passung zwischen Theorie und Methodologie noch die eigentlichen Methoden dargestellt und diskutiert (Auswahl der Fallstudien, Auswahl und Interpretation der Quellen). Das empirische Vorgehen ähnelt über weite Strecken einem ideengeschichtlichen Vorgehen, indem auf der Basis verschiedener Dokumente versucht wird, „wahre“ Geschichte(n) herauszuarbeiten. Bei Aussagen wie „Den traditionell lokalen Polizeien, die nach Einschätzung *aller BeobachterInnen* ein Sumpf aus lokalen Nepotismus, Korruption und Inkompetenz sind...“ (S. 250), oder „weil sich (...) die Teilnahme von ‚Minderheiten‘ (...) als sinnvoll und funktional *erwiesen hat*“ (S. 251, jeweils Hervorhebung GG) bleibt unklar, wie diese Darstellungen belegt werden. Die Fallstudien lesen sich daher teilweise eher als Veranschaulichung denn als Konfrontation mit der Empirie. Belina scheint hier davon auszugehen, dass es eine einzige soziale Wahrheit gibt, die er als Wissenschaftler von seiner definierten Position rekonstruieren kann. Der Problematik eines solchen Vorgehens ist er sich zwar bewusst und setzt sich im Nachwort kurz mit der Kritik auseinander, die es provoziert. Er hofft, dass sich die Qualität seiner Aussagen dem Leser unmittelbar erschließen, indem sich „Wahrheiten (...) aus der praktischen Tätigkeit des Denkens ergeben ... (und sich dort) bewähren“ (S. 279). Es bleibt aber die Frage, wie bei einem solchen Vorgehen das Problem des Zirkelschlusses kontrolliert werden kann – dem Risiko, dass Forschende empirisch nur das finden, was sie erwarten.

Fazit: Die Dissertation von Bernd Belina ist ein sehr gut lesbarer und fundierter Beitrag zur Erklärung neuer Kriminal- und Sicherheitspolitiken in den Städten. Belina demonstriert eindrucksvoll den Erkenntnisgewinn, den eine marxistisch fundierte Geographie bieten kann. Schlüssig stellt er dar, wie neue Kriminalpolitiken mit Veränderungen polit-ökonomischer Strukturen zusammenhängen. Insbesondere die Diskussion von „Raum- und Skalenstrategien“ bereichert die Fachdiskussion in (Kritischer) Kriminologie, Stadtforschung und Geographie. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass die von Belina geleistete kritische Auseinandersetzung mit *Broken Windows* und „öffentlicher Raum“ in die krimi-

nalpräventive und stadtplanerische Praxis in den Städten und Gemeinden transferiert wird. Ob allerdings neue Kriminalpolitiken ausschließlich auf Veränderungen polit-ökonomischer Strukturen zurückgeführt werden können und ob – wie Belina schreibt – die Kriminalisierung von Akten ausschließlich darauf zurückgeführt werden kann, dass der Staat den Warenverkehr zwischen Privaten sichert, ist zumindest zweifelhaft. So erscheint es bspw. fraglich, ob das Sexualstrafrecht, das Naturschutz- oder Tierschutzrecht allein mit polit-ökonomischen Strukturen erklärt werden können. Die Auseinandersetzung mit neueren Entwicklungen der Hegemonietheorie böte hier die Möglichkeit, die Beziehung zwischen Kriminalpolitiken und polit-ökonomischen Hintergründen weniger als determiniert zu fassen, sondern vielmehr die Durchsetzung hegemonialer Diskurse ins Blickfeld nehmen. So könnte auch analysiert werden, wie ein Konsens für Kriminalpolitiken geschaffen wird, der in verschiedenen Kontexten und historischen Phasen unterschiedlich legitimiert wird – in jüngster Zeit bspw. zunehmend mit Verweis auf eine Terrorgefahr und damit häufig letztlich mit einer kulturalistischen Argumentation. Ungeachtet dieser Kritik ist die Arbeit aber all jenen in höchstem Maße zu empfehlen, die sich in Wissenschaft und Praxis mit neuen Kriminal- und Sicherheitspolitiken in den Städten beschäftigen. Sie werden eine gut durchdachte und in sich stimmige Erklärungsmöglichkeit für die Verbreitung dieser Politiken kennenlernen.

#### Angeführte Literatur:

Mattisek, A.: Diskursive Konstitution von Sicherheit im öffentlichen Raum am Beispiel Frankfurt am Main. In: Stadt – (Un-)Sicherheit – Diskurs. Hrsg.: G. Glasze; R. Pütz; M. Rolfes. – Bielefeld 2005. = Urban Studies, S. 105–136

Miggelbrink, J.; Redepenning, M.: Die Nation als Ganzes? Zur Funktion nationalstaatlicher Semantiken. Ber. z. dT. Landeskunde 78 (2004) H. 3, S. 313–337

Schlottmann, A.: RaumSprache. Ost-West Differenzen in der Berichterstattung zur deutschen Einheit. Eine sozialgeographische Theorie. – München 2005. = Sozialgeographische Bibliothek 4

Georg Glasze (Mainz)